

03.23

& Stiftung Sponsoring

Das Magazin für Nonprofit-
Management und -Marketing



Spannungsfelder Staat und Stiftung

Rote Seiten: Bundeshaushalt und staatliche wie nicht-staatliche Stiftungen nach zwanzig Jahren. Eine Bilanz des Jahres 2022/2023 im Vergleich zum Jahr 2001

Herausgeber: Deutsches Stiftungszentrum GmbH (DSZ), Dr. Markus Heuel
Institut für Stiftungsberatung Dr. Mecking & Weger GmbH, Dr. Christoph Mecking
www.susdigital.de

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG



Was meint ... Stefan Nährlich

Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Stiftung Aktive Bürgerschaft

„Beim Thema Zivilgesellschaft fehlt dem Staat der Kompass“

im Gespräch mit Christoph Mecking, Herausgeber von Stiftung&Sponsoring

S&S: Seit 25 Jahren fördert die von Ihnen seit ihrer Errichtung geführte Aktive Bürgerschaft die Zivilgesellschaft. Was ist die Idee hinter der Organisation, wer „steckt dahinter“ und warum ist sie Stiftung geworden?

Nährlich: Dahinter steckt die genossenschaftliche Finanzgruppe der Volksbanken und Raiffeisenbanken (GFG) und die Idee vor 25 Jahren war, wie wir in der ersten Presseinformation formuliert haben, „Bürgerschaftliches Engagement als elementaren Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu fördern und nachhaltig zu stärken“. Das erscheint uns auch heute und für die Zukunft richtig und wichtig. Daher haben wir 2014 aus dem Verein eine Stiftung gemacht.

S&S: Beschränkt sich das gemeinnützige Engagement der Genossenschaftsbanken auf diese Förderung. Oder was wird noch geleistet, um für das Allgemeinwohl „den Weg frei“ zu machen?

Nährlich: Da gibt es noch mehr, worüber unser Schirmherr, der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, jährlich in einer lesenswerten Publikation berichtet. Auch die Unternehmen in der GFG sind selbst vielfältig aktiv.

S&S: Die Ansätze der Genossenschaftsbanken gehen auf die Grundsätze der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung von Franz Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Das prädestiniert sie dazu, gemeinwohlorientierte Stiftungsiniciativen ihrer Kundinnen und Kunden zu unterstützen. Sehen Sie ein solches Engagement in der Praxis?

Nährlich: Ja! Vor allem sind es ja die Bürgerstiftungen, die oft aus Mitglieder- und Kundenkreisen entstehen, die von den Genossenschaftsbanken in Deutschland unterstützt werden. Die Prinzipien von Selbsthilfe, Selbstver-

antwortung und Selbstverwaltung korrespondieren mit der Idee der Bürgerstiftung: sich gemeinsam mit anderen mitverantwortlich fühlen für den Ort und die Region, in der man lebt, arbeitet oder Geschäfte macht. Darum geht es. Und dabei seine eigenen Angelegenheiten auch in die eigenen Hände zu nehmen. Mit dieser Idee sind wir jahrelang durch Deutschland getourt und haben in Volksbanken, Rathäusern, Hotels und Gaststätten, Wohnzimmern und Küchen vorgestellt, wie man eine Bürgerstiftung praktisch gründen kann und anerkannt bekommt.

S&S: Ein besonderer Schwerpunkt Ihrer Arbeit sind also die Bürgerstiftungen: eine Erfolgsgeschichte?

Nährlich: Aber hallo! In den letzten 25 Jahren von Bürgerstiftungen in null Städten auf Bürgerstiftungen in mehr als 420 Städten und Regionen. Von null auf mehr als eine halbe Mrd. € an Stiftungsvermögen. Von null auf über 50.000 Stifterinnen und Stifter, Spendende, Aktive. Alles aus eigener Kraft, ohne staatliches Modellprogramm! Allein schon die Idee, den Gedanken ehrenamtlichen Engagements aus dem Vereinsmodell mit der Kapitalbildung der Stiftung in dem Konzept Bürgerstiftung zu kombinieren, war innovativ. Und dies als Idee aus der Praxis für die Praxis im Rahmen des deutschen Stiftungsrechts umzusetzen, war eine große Leistung vor allem der ersten Bürgerstiftungen. Die Bürgerstiftungen sind gut durch jede Herausforderung von der Finanzkrise bis Corona-Pandemie gekommen, und keine Krise hat ihr Wachstum gebremst. Auf Basis der Daten ihrer finanziellen Entwicklung, die wir regelmäßig erheben, haben wir gerade eine Prognose für das nächste Vierteljahrhundert erstellt und kommen bei konservativer Berechnung auf ein künftiges Stiftungskapital der Bürgerstiftungen von 4 Mrd. €. Wir sind sehr stolz auf das, was die Bürgerstiftungen vor Ort leisten und wozu wir beitragen dürfen.

S&S: Das letzte Vierteljahrhundert – wie hat sich die Zivilgesellschaft und das Verständnis von ihr verändert?

Nährlich: Die Zivilgesellschaft ist in den letzten 25 Jahren quantitativ gewachsen. Es gibt etwa 30 % mehr gemeinnützige Organisationen, 30 % mehr Engagierte, 30 % mehr private Spenden. Die meisten der rechtsfähigen Stiftungen, die heute bestehen, sind nach der Deutschen Einheit gegründet worden. Bürgerstiftungen gab es vor 25 Jahren praktisch noch gar nicht.

S&S: Und inhaltlich?

Nährlich: Die Zivilgesellschaft ist nicht nur größer, sondern auch wichtiger geworden. Man denke nur an die

Zur Person

Dr. Stefan Nährlich, geboren am 5.9.1963, aufgewachsen in niedersächsischen Lengede, zunächst Verwaltungsangestellter bei der dortigen Gemeindeverwaltung. Von 1987 bis 1997 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kassel mit Promotion zum Dr. rer. pol. Danach Mitinitiator und seit 1999 Geschäftsführer der Aktiven Bürgerschaft, seit 2021 Mitglied des Vorstands der Stiftung Aktive Bürgerschaft. Autor zahlreicher Publikationen zu Bürgerengagement und Dozent für gute Organisationsführung im Weiterbildungsstudiengang „Nonprofit-Management and Governance“ an der Universität Münster.



Von Anfang an dabei: Stefan Nährlich, Mitinitiator und seit 1999 Geschäftsführer der Aktiven Bürgerschaft, im Gespräch mit Christoph Mecking, Herausgeber von Stiftung&Sponsoring

Aufnahme der Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016. Die Themen der Zivilgesellschaft sind andere geworden: Sie beschäftigt sich heute mit neuen Kooperationsformen, Wirkungsorientierung, Transparenz und Digitalisierung.

S&S: Wie sieht es strukturell aus?

Nährlich: Die Corona-Pandemie hat Probleme und Dynamiken der Zivilgesellschaft nochmal verstärkt zutage gefördert. Die Spenden sind zwar gestiegen, aber die Zahl der Spenderinnen und Spender ist rückläufig. Es gibt zwar mehr Menschen, die sich engagieren. Aber auf der Leitungsebene, bei Vorständen und Gremienmitgliedern, dem Rückgrat der Zivilgesellschaft, gehen die Zahlen seit vielen Jahren zurück. Viele jungen Menschen engagieren sich, aber viele Organisationen profitieren davon nicht, weil Jugendliche anders und woanders aktiv sind. So ist das wohl: Mal ist die Zivilgesellschaft Motor des Wandels, mal Schauplatz des Wandels.

S&S: Wie sehen Sie das Verhältnis des Staates zur Zivilgesellschaft und ihren Akteuren?

Nährlich: Väterlich freundlich. Vater Staat kann eben nicht aus seiner Haut, egal welche Parteien in der Regierung sind. Alle Politikerinnen und Politiker wollen dem Ehrenamt immerzu helfen, aber wenn Verbände oder Stiftungen Vorschläge und Forderungen auf den Tisch legen, bewegt sich leider wenig. Wenn für Spenden die vereinfachte Nachweispflicht von 200 € auf 300 € angehoben und als Beitrag zur Entbürokratisierung gefeiert wird, weiß man, der Anspruch bei der Politik ist nicht besonders groß.

S&S: Der Staat ist vor allem für die Rahmenbedingungen zuständig ...

Nährlich: Der Staat entscheidet aber, was gemeinnützig ist, ob und wie weit Vereine und Stiftungen sich politisch

äußern dürfen, für welche Themen es Fördermittel gibt und wann nicht mehr. Wenn sie eine Stiftung gründen wollen, brauchen sie die Genehmigung des Staates. Das heißt seit Jahren zwar nicht mehr so, sondern Anerkennung, aber außer der Formulierung hat sich wenig geändert. Seit 20 Jahren hat es der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag nicht geschafft, ein richtiger Ausschuss zu werden, der auch Gesetzesinitiativen starten und Dinge verändern kann. Da kann man wohl nur sagen – von Ausnahmen abgesehen –, den Politikerinnen und Politikern gefällt es, wie es ist.

S&S: Flüchtlingskrise, Ukraine-Krieg – in diesen und anderen Situationen haben die gesellschaftlichen Akteure schnell, unkonventionell und wirksam geholfen. Sehen Sie eine ausreichende Wertschätzung in Gesellschaft und Politik? Was sollte sich ändern?

Nährlich: Am Sonntag das Engagement loben, Orden an ausgewählte Engagierte verleihen und zum Bürgerfest des Bundespräsidenten einladen, ist eine Form der Wertschätzung. Eine andere, für viele die Wichtigere wäre es, wochentags den Engagierten keine Steine in den Weg zu legen. Stichwort Entbürokratisierung: Von der Abgabensordnung bis zum Zuwendungsempfängerregister hält der Gesetzgeber immer mehr Erfüllungspflichten und Aufgaben für die Gemeinnützigen bereit. Das ist es, was Menschen davon abhält, ein Vorstandsamt zu übernehmen, nicht eine fehlende Wertschätzung. Die liegt ohnehin bei den meisten im Engagement selbst begründet. Etwas Sinnvolles tun, anderen zu helfen, zu einer besseren Gesellschaft beizutragen – das sind die Motive sich zu engagieren und dabei erfahren die meisten Menschen Wertschätzung. Registerpflichten, Kleingedrucktes, Kleinkariertes, und das auch noch haftungsbewehrt, schrecken eher ab.

Akteure & Konzepte

S&S: Wo sehen Sie Defizite von Gesetzgeber und Administration gegenüber gemeinnützigen Organisationen und Stiftungen?

Nährlich: Das größte Defizit ist der fehlende Kompass von Staat und Politik, was die Rolle der Zivilgesellschaft angeht. Der gemeinnützige Bereich ist kein vopolitischer Raum und kein zartes Pflänzchen, das den unmittelbaren Schutz des Staates braucht. Der Staat soll gute Rahmenbedingungen schaffen, und zwar zeitgemäße. Braucht man etwa Zwecke in der Abgabenordnung? Meiner Meinung nach nicht. Gemeinnützigkeit definiert sich ausreichend über das Verbot der Gewinnausschüttung in der Abgabenordnung. Braucht es staatliche Förderprogramme? Meiner Meinung nach nicht, wenn es andere Finanzierungsquellen gäbe. Man könnte allen Steuerpflichtigen die Möglichkeit geben, ein bis zwei Prozent der Einkommensteuer statt an den Staat direkt an eine gemeinnützige Organisation nach eigener Wahl abzuführen. In einigen Ländern Osteuropas nutzen das über die Hälfte der Steuerzahlerinnen und -zahler. Wie gewinnt man deutlich mehr Menschen für ein bürgerschaftliches Engagement? Jedenfalls nicht mit den Freiwilligendiensten alleine, und auch nicht mit einem Pflichtdienst für alle. Aber durchaus mit Engagement-Projekten in allen Schulen und Hochschulen, die sich mit Unterricht und Lehre verbinden lassen und die für viele der Start in weitere Projekte, Ehrenämter, in das Spenden oder Stiften in späteren Lebensphasen sein können.

S&S: Auch das Zuwendungsrecht ist Gegenstand häufiger Kritik. Wie sehen Sie das?

Nährlich: Für viele öffentlich geförderte Vereine und Stiftungen ist es die Wurzel allen Übels. Das Zuwendungsrecht verhindert jede sinnvolle Planung und eigenverantwortliches Handeln, weil die öffentlichen Förderungen immer nur jährlich erfolgen, kompliziert und aufwendig zu beantragen sind. Hier wird staatliches Verwaltungshandeln auf einen Bereich ausgedehnt, der strukturell oft gar nicht die Voraussetzungen hat, damit umgehen zu können.

S&S: Um solchen Zumutungen zu entgehen, gründet der Staat selbst gerne Stiftungen, auch des bürgerlichen Rechts. Finanziert werden sie meist nach Maßgabe der Haushaltspläne und hängen so am „goldenen Zügel“. Geführt werden sie von Gremien, die oft nach Proporz von Mitgliedern der Regierung oder Abgeordneten besetzt werden. Was halten Sie davon?

Nährlich: Wenig, denn das löst ja das Problem mit dem Aufwand des Zuwendungsrechts nicht. Bestenfalls wird es auf einen Zwischenakteur verlagert. Außerdem hat der Bundesrechnungshof die Gründung von privatrechtlichen Stiftungen durch den Bund schon vor Jahren kritisiert und festgestellt, dass sie grundsätzlich keine geeignete und wirtschaftliche Möglichkeit zur öffentlichen Aufgabenerfüllung darstellen.

S&S: Im März 2020 wurde die – öffentlich-rechtliche – Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt mit Sitz in Neustrelitz errichtet und investiert seitdem Millionenbeträge in den Sektor. Wie stehen Sie zu dieser staatlichen Hilfe?

Nährlich: In der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) arbeiten viele geschätzte Kolleginnen und Kollegen und machen bestimmt einen guten Job. Engagementpolitisch war die Gründung der DSEE aber in ihrer Konstruktion ein Fehler. Entwickelt wurde sie vom Bundesfamilienministerium im Dialog mit Verbänden und Netzwerken der Zivilgesellschaft als Förderstiftung. Der richtige Gedanke dahinter war, dass die Engagementlandschaft gut organisiert und vernetzt ist, kompetent und nahe an den Menschen vor Ort. Mangels Finanzierung kann sie aber nicht immer das leisten, was nötig wäre. Hier sollte die Bundesengagementstiftung ansetzen. In die parlamentarische Beratung wurde dann überraschend vor Weihnachten das Konzept einer operativen Stiftung eingebracht. Nur einigen Abgeordneten und Sachverständigen in der kurzfristig angesetzten Anhörung im Familienausschuss ist es zu verdanken, dass die DSEE auch in den Sektor investieren kann, wie Sie es formuliert haben.

S&S: In diesen Tagen tritt die Reform des Stiftungsrechts in Kraft, das für rechtsfähige Stiftungen einen einheitlichen Rahmen vorsieht. Wie schätzen Sie diese Reform ein?

Nährlich: Wir haben uns während der Erarbeitung der Stiftungsrechtsreform für mehr Eigenverantwortung der Organmitglieder bei Zulegungen von Stiftungen eingesetzt, weil wir der Ansicht sind, dass die Bürgerstiftungen viele notleidende Stiftungen unter ihrem Dach aufnehmen und den Stifterwillen gestärkt weiterführen können. Diesen einvernehmlichen Willen zweier Stiftungen sollte man aus unserer Sicht so einfach wie möglich gestalten. Da hätten wir uns mehr gewünscht als das, was jetzt im BGB steht, zumal ja offenbar auch auf Gesetzgeberseite der Wunsch nach größerer Eigenverantwortung der Stiftungen und Verwaltungsvereinfachung besteht. So hat sich vor Kurzem jedenfalls die Landesregierung Nordrhein-Westfalens in der Anhörung zum neuen Landesstiftungsgesetz geäußert, mit dem die Stiftungsaufsicht geregelt wird.

S&S: Jenseits von Bürgerstiftungen und Engagementpolitik: Was treibt Sie noch um?

Nährlich: In der letzten Zeit verstärkt unser zweiter Programmbereich „Service-Learning“. Hier geht es darum, Lehrerinnen und Lehrer in weiterführenden Schulen dabei zu unterstützen, Engagement-Projekte mit Unterricht zu verbinden und eigenständig durchzuführen. Wir versprechen uns davon, nicht nur kompetenzorientiertes Lernen und Demokratiebildung zu stärken, sondern auch, langfristig einer großen Zahl junger Menschen herkunftsunabhängig den Weg ins bürgerschaftliche Engagement zu ebnen. In vier Bundesländern bieten wir unser Programm „sozialgenial“ schon an, mehr als 1.000 Schulen sind bereits dabei. Für uns aktuell das große Ding!

S&S: Ich danke Ihnen für das Gespräch! ■

Das Gespräch führte Dr. Christoph Mecking, Herausgeber von *Stiftung&Sponsoring* und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Stiftungsberatung

